

Änderungsantrag

der Abgeordneten Frau Krieger und der Fraktion DIE GRÜNEN

zur zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1989

hier: Einzelplan 15

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie,
Frauen und Gesundheit

— Drucksachen 11/2700 Anlage, 11/3215, 11/3231 —

Der Bundestag wolle beschließen:

In Kapitel 15 02 werden in Titel 684 11 – Bundesjugendplan – die für folgende Studentenverbände (Nr. 11.5 – Studentenverbände – der Erläuterungen) vorgesehenen Mittel gestrichen:

| | | |
|--------------------------------------|---------|------------|
| „Deutsche Burschenschaft | Ansatz: | 9 000 DM |
| Hochschulring der Ackermann-Gemeinde | Ansatz: | 18 000 DM |
| Gesamtdeutscher Studentenverband | Ansatz: | 9 000 DM“. |

Bonn, den 17. November 1988

Frau Krieger

Dr. Lippelt (Hannover), Frau Schmidt-Bott, Frau Vennegerts und Fraktion

Begründung

Allgemeines

Die drei o. a. Studentenverbände vertreten neofaschistisches und/oder revanchistisches Gedankengut. Sie arbeiten (teilweise) mit neofaschistischen Gruppen wie der NPD, der FAP und der Wiking-Jugend zusammen und führen gemeinsame Aktionen mit diesen Organisationen durch.

Im einzelnen

a) Deutsche Burschenschaft

Die Deutsche Burschenschaft ist Initiatorin der Gründung des „Ring(es) freiheitlicher Studenten“, der laut Urteil des Amtsgerichtes Münster vom 06. 11. 1981 (Az. 32 ds 46 js 59/80, 32 ak 770/80) „... dem Kreis rechtsextremistischer Gruppen zugeordnet werden kann, ...“. Zur Vorbereitung der Gründung des

„r.f.s.“ führte der hochschulpolitische Ausschuß der Deutschen Burschenschaft am 29./30. Januar 1977 ein Seminar in Wien unter dem Titel: „Der r.f.s. – Chance einer konservativen Hochschulfraktion“ durch. Des weiteren fand am 5./6. Februar 1977 in Berlin ein Seminar des hochschulpolitischen Ausschusses statt, das dazu diente, die strategischen Anlagen des neuen Studentenverbandes auszuarbeiten. Mitgliedsorganisationen der Deutschen Burschenschaft sind die Burschenschaften „Germania“ und „Danubia“. Welchen Anteil die Burschenschaft „Germania“, die Mitgliedsorganisation der Deutschen Burschenschaften ist, an der Gründung des r.f.s. hat, läßt sich in der Festschrift der Burschenschaft, verfaßt von r.f.s.-Mitglied K.G., auf S. 287f. nachlesen: „Bei diesem r.f.s. handelt es sich um eine nationalliberale Gruppierung, die in den Ferienmonaten aus unserem Hause unter der Teilnahme von acht Germanen nach österreichischem Vorbild ins Leben berufen worden war. Fast alle Mitglieder dieser Vereinigung gehören einer Kooperation an, in der Masse waffenstudentischen. ... Mit den Auffassungen der Burschenschaften waren die politischen Aussagen zumeist identisch.“ (Zitiert nach: AStA-Dokumentation: r.f.s. „freiheitlich oder faschistisch?“, Köln, Dezember 1987, S. 8.) Aufgrund mehrerer Vorkommnisse, an denen auch Mitglieder der Burschenschaft „Germania“ beteiligt waren, wurde der r.f.s. am 1. Dezember 1987 vom Rektor der Universität Köln aus der Matrikel gestrichen.

Die Burschenschaft „Danubia“, die auch Mitglied der Deutschen Burschenschaft ist, hält es sich zugute, es auf einem Burschenschaftstag verhindert zu haben, daß die Mitgliedschaft in der NPD und der Deutschen Burschenschaft für miteinander unvereinbar erklärt wurden. (Ein solcher Unvereinbarkeitsbeschluß liegt übrigens bis heute nicht (!) vor.) Laut der Zeitschrift „Tat“ vom 9. Januar 1981 gehören die meisten Bewohner der Münchener „Danubia-Villa“ dem NPD-nahen „Nationaldemokratischen Hochschulbund (NHB)“ an.

„Wir sind dazu übergegangen, uns unter dem Namen r.f.s. eine eigene Basis zu schaffen.“ (Zitiert nach: AStA-Dokumentation a.a.O. S. 7.) So kennzeichnete der Sprecher der Burschenschaft „Danubia“ M.V. die Strategie seiner Burschenschaft. Für sich selbst spricht, daß die Burschenschaft „Danubia“ in der rechts-extremistischen Zeitschrift „Nation Europa“ (u. a. in den Ausgaben 9 und 10/85) mit dem Spruch „Wir haben schon manchen auf den rechten Weg geholfen“, Werbung für sich betreibt.

b) Hochschulring der Ackerman-Gemeinde

Die „Ackerman-Gemeinde“ stellt eine der drei, innerhalb der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“ arbeitenden sogenannten Gesinnungsgemeinschaften dar. Die Ackerman-Gemeinde stellt im Jahre 1988 sechs Mitglieder des Bundesvorstandes, unter ihnen den Bundesvorsitzenden der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Franz Neubauer. Die Ackerman-Gemeinde unterstützt vollinhaltlich die Satzung der Sudetendeutschen Landsmannschaft in der unter anderem in § 3 Anspruch auf

weite Gebiete der CSSR erhoben wird, was klar den Bestimmungen des Grundgesetzes, auch der Präambel, die nur eine „Wiedervereinigung in den Grenzen von 1937“ vorsieht, widerspricht.

c) Gesamtdeutscher Studentenverband

In den 70er Jahren wurde der Gesamtdeutsche Studentenverband (GDS), der 1952 als Ostpolitischer-Deutscher-Studentenverband (ODS) gegründet wurde, von dem Göttinger NPD-Aktivisten F. reaktiviert. E., der schon einmal im Bundesverfassungsschutzbericht namentliche Erwähnung fand, gehörte jahrelang dem „Vertrauensrat“, einem der obersten Gremien des ODS/GDS, an. Der heutige und langjährige stellvertretende Vorsitzende P. B. war bis 1984 Herausgeber der nieder-rheinischen neofaschistischen Zeitschrift „Aktion“. Über ihn liegen dem NRW-Innenministerium nicht näher bezeichnete „Erkenntnisse“ vor. F. und B. verbreiteten noch Mitte der 80er Jahre großdeutsche Landkarten, die territoriale Ansprüche auf das Sudetenland und auf die seit Ende des Ersten Weltkrieges polnischen Gebiete Oberschlesiens, Posener Land und Westpreußen geltend machten, bei F. sogar zusätzlich auf Süddänemark, Ostbelgien, Elsaß-Lothringen, Südtirol und Österreich. Der Verbandsfunktionär H. H. (Jever), wie F. lange im Vertrauensrat, wurde im Jahre 1986 aufgrund seiner Beteiligung an einem Neonazi-Überfall auf Punks in Bonn wegen Körperverletzung und Landfriedensbruch zu drei Monaten Freiheitsstrafe verurteilt. Die Gerichtsakten weisen aus, daß von den 15 Neonazis, die bei dieser Schlägerei festgenommen wurden, allein vier von einem gleichzeitig in Bonn stattfindenden GDS-Seminar und der Hauptversammlung des Verbandes kamen, auf der er sich den neuen Namen GDS gab; neben H. die in der militanten Neonazi-Szene Bielefelds bekannten N. S. und M. E. sowie F. B. (Krefeld). Wie dem Vereinsregister beim Amtsgericht Bonn (Registriernummer 2918) zu entnehmen ist, sind außer den o.g. Personen auch die bundesweit bekannten Rechtsextremisten H. M. und J. A., beide im Ostfriesischen als Gründer von Wehrsportgruppen aktiv (siehe: Antifa-Broschüre der Grünen Emden, Emden o.J.), Mitglieder des ODS/GDS. Im Jahre 1986 wurde der GDS vom Verfassungsschutz des Landes NRW unter Beobachtung gehalten (siehe: Die Schnüs 8/87, TAZ 3. 8. 87).

Auch das Bundesinnenministerium hat erkannt, daß der Gesamtdeutsche Studentenverband ein rechtsextremer Verband ist. So kann man der Schrift „Innere Sicherheit“ Nr. 4 vom 30. August 1985 entnehmen, daß „Flugblätter anderer rechtsextremistischer Organisationen, z. B. der „Nationalsozialistischen Front“ der „Friedensaktion Wiedervereinigung“, des „Gesamtdeutschen Studentenverbandes“ (GDS), der „Notverwaltung des deutschen Ostens“ (NDO), der „Gemeinschaft Deutscher Osten“ (GDO), ...“ (siehe S. 2 der o.g. Schrift), bei dem Treffen der Schlesischen Landsmannschaft vom 15./16. Juni 1985 in Hannover verteilt worden sind. Die Meldung in der „Inneren Sicherheit“ trägt bezeichnenderweise die Überschrift „Rechtsextremistische Aktionen beim Schlesiertreffen“.

